

## **BULLETIN N°008 - 4. FEBRUAR 2009**

Europa zieht Bilanz aus zehn Jahren Bolognaprozess. Während die einen wie Spanien ihn erst beginnen, sind andere wie Deutschland schon bei drei Vierteln BA/MA-Studenten. Während die einen einen Bildungsmarkt nicht wollen wie die Griechen, kommt er den andern in Polen nicht schnell und radikal genug.

Sicher ist, dass Übereifer bei der Modularisierung und Arbeitshetze der Bachelorstudiengänge die studentische Mobilität gebremst hat, dass die Internationalisierung des akademischen Arbeitsmarkts Präkarisierung und Lohndumping mit sich gebracht hat und dass die Lehren aus der noch bei weitem nicht überstandenen globalen Wirtschaftskrise – bei der hochgradig privatisierte Hochschulräume wie Großbritannien und die USA jetzt vor dem Ruin stehen – vorschnell ausgeblendet wurden.

**ESNA** zeigt die parallelen, verschobenen, holpernden und fliegenden Entwicklungen anhand von Kurzmeldungen und weiterführenden Informationen aus den einzelnen europäischen Ländern. EU-Großprojekte und lokale Glanzlichter, Pro und Kontra, Fakten und Meinungen.

Wenn Sie uns abonnieren wollen, unterstützen Sie dabei ESNA, das Projekt eines unabhängigen, kompetenten journalistischen Beobachters des europäischen Hochschulraums.



### **EU-URTEIL ZUM MISSBRAUCH VON DIPLOMEN**

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs soll den Missbrauch der EU-weit geltenden

Richtlinie zur Anerkennung von Hochschuldiplomen verhindern.

Anlass für das Verfahren hatte ein angehender italienischer Ingenieur gegeben, der seine Ausbildung in Spanien verkürzen wollte: Statt das zur Berufsausübung notwendige Staatsexamen zu absolvieren, fuhr er ins Nachbarland, wo es nicht erforderlich ist. Er ließ sich ins spanische Ingenieursregister eintragen und kehrte, ohne den Beruf in Spanien je ausgeübt zu haben, nach Italien zurück. Das italienische Justizministerium erkannte die Gültigkeit des spanischen Abschlusses an, die italienische Ingenieurskammer jedoch nicht und klagte dagegen.

Nun steht fest: Die nationalen Mindeststandards für den Zugang zu reglementierten Berufen können die EU-Länder selbst bestimmen, um die Qualität der erbrachten beruflichen Leistungen zu sichern. [885]

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Gerichtshofs zum Urteil Nr. 6 vom 29.01.2009 (mehrsprachig)

### **ERASMUS IM ABWIND?**

Das ERASMUS-Programm schwächelt. Die Verschulung der Studienpläne und finanzielle Sorgen lassen immer mehr junge Europäer vor einem Auslandssemester zurückschrecken. „Die Leute haben weniger Mut, ein solches Abenteuer einzugehen“, erkannte auch John MacDonald, Pressesprecher der EU-Kommission für Bildung und Kultur. Gerade 160.000 Erasmusstudenten hat es im Studienjahr 2006/2007 gegeben. Zwar sind dies 3 % mehr als im Vorjahr, es standen aber 450 Mio. Euro für rund 200.000 Stellen zur Verfügung. Langsames Wachstum ist noch keine schlechte Nachricht, die EU-Kommission

hofft aber, dass bis 2012 aus den bisher zwei Millionen drei Millionen Erasmusstudenten geworden sein werden. Aus der Kritik am „Bumerang Bachelor“, der zur Zeit aus vielen westeuropäischen Ländern erklingt, müsste dazu allerdings erst eine Lehre gezogen werden. [836]

## WIRTSCHAFT BEMÄNGELT HOCHSCHULEN

Eine von der Tischner European University in Krakau durchgeführte Studie hat die Mängel von Universitäten und ihren Absolventen aus Sicht der Wirtschaft aufgezeigt. An der im Kontext eines von 2008 bis 2010 vom European Social Fund (ESF) finanzierten Entwicklungsprojekts entstandenen Umfrage nahmen seit Ende 2008 etwa 40 nationale und internationale Unternehmen teil. Wie die am 26.1. vorgestellten Ergebnisse zeigen, zielen die Erwartungen der Arbeitgeber vor allem auf soziale und praktische Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Verlässlichkeit oder Kommunikationstalent. An diesen aber herrsche bei den Uni-Absolventen ein eklatanter Mangel, nicht zuletzt, weil die praxisfernen Hochschulen Unternehmen noch immer als Konkurrenz statt als Kooperationspartner betrachteten. [797]



[Kurzfassung](#) der Studie, 26.01.2009 (auf Polnisch)

## UNDEMOKRATISCHE REKTORENWAHL IN BELGIEN

An der größten Hochschule Flanderns, der Katholischen Universität Leuven, wächst der Widerstand gegen die „Filterung“ von Rektorenkandidaten durch einen intransparenten „Besonderen Universitätsrat“ (BUR). Am 26. Januar haben acht Leuener Professoren eine Petition per Internet gestartet, die die höchsten universitären Behörden auffordert, die Rektorenwahl von jeder Vorselektion zu befreien. Die Professoren sind der Ansicht, dass die Wahl eines Rektors Sache der wählenden Universitätsmitglieder sein sollte. Im Dezember geriet der BUR zum ersten Mal unter Beschuss, als er auf eigene Faust und ohne weitere Begründung beschloss, das Mandat des damaligen Rektors der KUL, Marc Vervenne nicht zu verlängern. [709]

Zur [Petition](#) der Leuener Professoren, 26.01.2009 (auf Englisch und Niederländisch)

## DEUTSCHLAND: NEUER ANLAUF FÜR BOLOGNA

Der Bolognaprozess als umfassende Reform der europäischen Hochschulsysteme nähert sich seinem zehnjährigen Bestehen. Auf einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz organisierten Symposium haben Bildungspolitiker gemeinsam mit Professoren, Studierenden und Sozialpartnern einen Bericht zu dessen bisheriger Umsetzung in Deutschland und einen nationalen Aktionsplan für die Bologna-Ministerkonferenz im belgischen Leuven, an der 46 Staaten Ende April teilnehmen werden, erarbeitet.

Als wesentliche Nahziele sieht der Aktionsplan eine Erhöhung des BAföG um 10 % und eine Steigerung der Studienanfängerquote auf 39,3 % im Jahr 2009 (2007: 37,1 %) vor. Die Bilanz zeigt, dass sich im Wintersemester 2008/09 bereits zwei Drittel aller Studienanfänger für die neuen BA/MA-Studiengänge entschieden haben, während es 2006/07 noch 44,4 % waren. Der Anteil deutscher Studenten mit Auslandssemester stagniert allerdings seit fünf Jahren. [968]

Pressemitteilung des Ministeriums zum Bologna-Symposium, 30.01.2009

## **FINNISCHE SPITZENUNIVERSITÄT GEGRÜNDET**

Durch die Fusion dreier Hochschulen will Finnland seine erste internationale Spitzenuniversität schaffen. Die Aalto-Universität, wie die Technische Universität (TKK), die Wirtschaftshochschule (HSE) und die Universität für Kunst und Design (TaiK) in Helsinki unter gemeinsamem Dach ab Herbst 2009 heißen werden, wird mehr staatliche Mittel als die anderen finnischen Hochschulen erhalten, teilweise aus der Wirtschaft finanziert werden und eine andere, vermutlich unternehmerisch gestaltete Führungsstruktur haben.

Am 2. Februar haben 1.300 Personen eine Petition gegen das Vorhaben unterzeichnet. Unter ihnen befinden sich viele namhafte Künstler, die in dem Zusammenschluss eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Kunst und der künstlerischen Ausbildung sehen.

Yrjö Sotamaa dagegen, Rektor der Kunstuniversität und Initiator der Idee, versichert, dass seine Hochschule ihre Lehre nicht ändern, dafür aber von der Interaktion und den Synergieeffekten mit der Wirtschaft profitieren wird. [987]

## **UNEINGESCHRÄNKTER HOCHSCHULSTREIK IN FRANKREICH**

Die Streikwelle in Frankreich hat in dieser Woche die Universitäten erreicht. Am Montag standen nach Angaben der beteiligten Gewerkschaften und Hochschulverbände rund 45 % des Lehrbetriebs still. Das Bildungsministerium sprach indessen von „beschränkten und sporadischen Störungen in einigen Universitäten“.

Professoren, Forscher und Studierende aus mehr als neun Hochschulstädten kämpfen mit ihrer Arbeitsniederlegung gegen den „Plan Carrière 2009-2011“, die Statusreform der Forscher mit Lehrauftrag sowie die geplanten Veränderungen der Lehramtsausbildung. Der Studentendachverband UNEF ließ am Montag rund 20.000 Studierende in Generalversammlungen für eine Mobilisierung abstimmen, um Hochschulmitarbeiter und Studenten zusammenzuführen. Für den 5. und 10. Februar, so UNEF-Präsident Jean-Baptiste Prévost gegenüber AFP, sind weitere Demonstrationen und Streiks geplant. [875]

## **BABINIOTIS REFORMIERT GRIECHENLANDS HOCHSCHULZULASSUNG**

Griechenlands Neuanfang im Bildungsbereich betrifft Schule und Hochschule zugleich. Kaum einen Monat im Amt ernannt Bildungsminister Aris Spiliopoulos

einen neuen Funktionär und leitet damit eine grundlegende Änderung des Hochschulzugangs ein.

Sein neuer Präsident des Grund- und Oberschulrats, der ehemalige Rektor der Universität Athen George Demetrius Babiniotis, ist nicht nur ein angesehener Linguist und Leiter der Hellenischen Kulturstiftung, von ihm stammt auch der Plan, Abitur und Studienberechtigung zu entkoppeln. Es sollen Prüfungszentren eingerichtet werden, in denen nach der Schule die Hochschulzulassung erst erworben werden muss. Den Universitäten will Babiniotis die Freiheit geben, ihre Aufnahmekriterien selbst zu bestimmen. Dabei sollen die Studienbewerber die Prüfungszentren kostenlos und bis zum Erreichen der erwünschten Noten besuchen können. [869]

## **SCHLECHTE NOTEN FÜR ENGLANDS HOCHSCHULMINISTERIUM**

Das britische Ministerium für Innovation, Universitäten und Ausbildung (DIUS) schneidet schlecht ab im aktuellen Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (IUSS).



Die Kommission beklagt „Frustrationen“ bei der Prüfung des Jahresberichts 2008 (1) und meldet Zweifel an, ob das Ministerium das Vorhaben des Premierministers, bis 2010/11 1,5 Mrd. Pfund einzusparen, einlösen könne. Innovationen innerhalb des Ministeriums, so der IUSS-Report (2), seien „enttäuschend“. Etwa der Einsatz „neuer sozialer Medien“ wie „hot desking“ oder „remote working“ sei so wenig neu, wie der effiziente Einsatz von Steuergeldern nach außen angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise ersichtlich würde. Auch gebe es Anzeichen, dass ungenutzte Gelder für die Berufsbildung systematisch für die Hochschulen abgezweigt werden.

Das DIUS wurde im Juni 2007 gegründet, um „Großbritannien zu einem der besten Orte für Wissenschaft, Forschung und Innovation weltweit zu machen“. [959]

(1) [Jahresbericht 2008](#) des Ministeriums | [Untersuchungsbericht](#) des IUSS, 20.01.2009 (auf Engl.)

## **IRLANDS PROFESSOREN SOLLEN MITSPAREN**

Die Angestellten der beiden größten Universitäten Irlands, Dublin und Cork, wurden Ende Januar zu einer dringenden Personalversammlung gerufen. Aufgrund massiver Kürzungen der staatlichen Zuschüsse – allein in Cork um 16 Mio. Euro – appellierten beide Universitätspräsidenten an ihr Personal, „weitere Wege für Einsparungen zu finden“. Dabei wurde schon jeder Penny umgedreht: Einstellungsstopp, eingefrorene Gehälter, Streichung von Auslandskonferenzen und Urlaub sowie Senkung der Mittel für die Fakultäten. Hugh Brady, Präsident des University College Cork, ersuchte die Mitarbeiter mit ihm „zusammen zu arbeiten, um diese unhaltbare Situation zu bewältigen, in der wir stecken“. Er sagte, Cork habe in den letzten Monaten 30 % der zahlenden Studenten verloren, und drängte auf eine Wiedereinführung der vor zehn Jahren abgeschafften Studiengebühren. [854]

## **DAS WUNDER VON ITALIEN: WENIGER MITTEL, MEHR ABSOLVENTEN**

Vorgestellt am 30. Januar in der Nationalbibliothek in Rom nimmt der aktuelle Jahresreport Italien des Forschungsinstituts Eurispes den Gesundheitszustand eines Landes unters Stetoskop. Neben Magen- und Leberfunktionen aus Wirtschaft und Verwaltung zeigt auch das Organ der Bildung große Strapazierfähigkeit bei geringer Nährstoffzufuhr: Wenngleich der Anteil der Hochschulabsolventen an der erwachsenen Bevölkerung mit 17 % weit unter dem OSZE-Durchschnitt von 33 % liegt, sind die Jahrgänge im Abschlussalter von Jahr zu Jahr gestiegen: von 19 % in 2000 auf 39 % in 2006. Immer mehr Personen immatrikulieren sich, allein 308.000 Personen im letzten Semester. Doch die Universitäten zehren an der Substanz: Die OSZE-Länder geben im Durchschnitt 11.512 Dollar pro Student aus, Italien nur 8.026. Zugleich sanken die staatlichen Ausgaben für Hochschulen von 2001 bis 2006 um 8 Prozentpunkte. Zum ersten Mal seit zehn Jahren hat sich auch die Zahl der Dozenten um rund 1100 Stellen verringert. [991]

Der vollständige [Rapporto Italia 2009](http://www.eurispes.it) ist unter [www.eurispes.it](http://www.eurispes.it) in Kürze erhältlich.

## **HOLOCAUST STUDIES IN ROM**

Die Universität Roma Tre bietet einen interdisziplinären Masterstudiengang mit dem Titel „International Master on Holocaust Studies, Remembrance and Education“.

Der Moment zum Start des Studiengangs ist bewusst gewählt. Der Gazakonflikt hat antisemitische Tendenzen in Italien zu neuem Leben erweckt, Israels Konsul Bar Sadeh erinnert in der Tageszeitung *Il Messaggero* nur einige Episoden: „Heute gibt es noch Leute, die den Holocaust leugnen. Auf den Straßen hieß es auf palästinafreundlichen Demos ‚Tod den Juden‘, und eine Gewerkschaft hat zum Boykott jüdischer Gewerbe aufgerufen.“ Renzo Gattegna, Präsident der jüdischen Gemeinschaften Italiens, lobt die römische Initiative. Die neuen Generationen würden dadurch lernen, „die Augen vor der Ungerechtigkeit nicht zu verschließen“. [785]

Webseite des [Lehrstuhls zur Shoah](#) an der Universität Roma Tre (auf Englisch)

## **PRO & CONTRA ZUR NIEDERLÄNDISCHEN BILDUNGSREFORM**

Jeroen Dijsselbloem ist unzufrieden. Der Sozialdemokrat und Leiter einer Kommission, die im April 2007 beauftragt wurde, die laufenden Bildungsreformen Hollands bis zurück in die 90er Jahre zu bewerten, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Reformen zu schnell durchgeführt wurden. (1)

In einem Interview mit der Zeitung *De Pers* Ende Januar kritisierte er auch die Bildungsräte, die seit 1990 in den verschiedenen Bereichen Schule, Berufsausbildung und



Jeroen Dijsselbloem (geb. 1966),  
Leiter der parlamentarischen  
Kommission für Bildung in Holland

Hochschule agieren. Diese Räte hätten sich, so Dijsselbloem, zu kleinen Ministerien gemausert mit zu viel Macht auf der einen und zu wenig Rechenschaftspflicht auf der anderen Seite.

Dijsselbloem ereiferte sich im Besonderen über Doekle Terpstra, den Vorsitzenden des HBO-Rates, dem alle 45 staatlichen Hochschulen Hollands angehören. Terpstra hatte Dijsselbloems Kommission unlängst vorgeworfen, sie habe „lähmende Auswirkungen“ auf die Bildung. [900]

(1) J. Dijsselbloem in [DE PERS](#), 23.01.2009 | Zur Webseite des [HBO-Rates](#) (auf Niederländisch)

## ÖSTERREICH AUF BOLOGNAKURS

Gleich zwei weitere Ausbildungswege in Österreich werden künftig an das Bologna-System angepasst. An der Universität Wien wird das Doktorat durch den bolognakonformen PhD ersetzt; die Mindeststudienzeit wird von zwei auf drei Jahre erhöht. (1)

Auch die Ausbildung für Pädagogen, vom Kindergärtner bis zur Oberstufenlehrerin, soll nach Plänen von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) bis 2013 auf Bologna umgestellt werden und zu einem Bachelor- oder Masterabschluss führen. (2) Minister Johannes Hahn kündigte zudem Mitte Januar an, die Akzeptanz des Bachelors als vollwertigen Abschluss, der zur Berufstätigkeit befähigt, zu verbessern. Zur Zeit schreiben sich noch neun von zehn österreichische Studenten gleich nach dem Bachelor für ein Masterstudium ein. [802]

(1) Information zum Wiener PhD unter [DOKTORAT.AT](#) |

(2) [Mitteilung](#) des Ministeriums zum Lehramts-BA/MA, 26.01.2009

## E-VOTING IN ÖSTERREICH IM GEREDE

Der Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Gegnern des E-Votings für die nächste Wahl des österreichischen Studentenparlaments hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Gerade hat ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums der Nachrichtenagentur APA zugeflüstert, er habe das Gerücht gehört, dass der Landesstudierendenverband ÖH ausländische Hacker engagieren wolle, um die Onlinewahl manipulieren zu lassen. Die ÖH würde sogar ihre Rücklagen auflösen, um die Computerprofis bezahlen zu können.

Die ÖH wies die anonym vorgebrachten Vorwürfe als unwahr zurück. Die Studierendenvertreter lehnen das E-Voting ab, weil sie das „freie, persönliche und geheime Wahlrecht dadurch gefährdet“ sehen. (1)

Dieses vom Wissenschaftsministerium im November 2008 beschlossene elektronische Wahlverfahren ist das erste seiner Art in Österreich, es soll offenbar an den Studenten erprobt werden. Dabei kommen Chipkarten zum Einsatz, die für die Wahl einfach um die Funktion einer digitalen Unterschrift ergänzt werden. [995]

(1) [Stellungnahme](#) der ÖH, 28.01.2008

## LANGZEITSTUDENTEN ALS ARGUMENT FÜR STUDIENGEBÜHREN IN POLEN

Die von Wissenschaftsministerin Kudrycka vorgestellten Vorschläge zur Reform der polnischen Hochschulgesetzgebung stoßen auf die Kritik der Studentenvertreter. Kudrycka möchte Creditpoints und Studienkredite einführen, die so limitiert sind, dass für das Studium nach fünf oder sechs Jahren Gebühren bezahlt werden müssen. Da der Hochschulbesuch in Polen bisher kostenlos war, wertete Robert Pawłowski vom Studentenparlament dies als Verletzung des verfassungsrechtlich verankerten Rechts auf Bildung.



Robert Pawłowski,  
Sprecher des polnischen  
Studentenparlaments PSRP

Nach Ansicht des Ministeriums bedeuten die ECTS-kompatiblen Studienkredite das Gegenteil: Die Zahl der Langzeitstudierenden würde gesenkt und es werde unmöglich, gleichzeitig staatliche Zuschüsse für mehrere Studiengänge zu beziehen. Dadurch würden bis zu 10 % der Studienplätze frei und dies bedeute, so der Sprecher des Ministeriums Bartosz Loba gegenüber ESNA, „in der Praxis eine bessere Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips eines gleichberechtigten Zugangs zur kostenfreien Bildung“. [1005]

Zur [Webseite](#) des polnischen Studentenparlaments PSRP (auf Deutsch)

## RUMÄNIEN BAUT AUF STUDIENGEBÜHREN FÜR AUSLÄNDER

Trotz der seit dem Unionsbeitritt fortlaufenden EU-Förderung setzt das rumänische Bildungsministerium auf horrende Gebühren für Studierende aus dem europäischen Ausland. Zur Zeit zahlen Ausländer rund 2.500 Euro pro Jahr, knapp dreimal so viel wie ihre rumänischen Kommilitonen. Nun hat sich die rumänische Regierung für eine weitere Verdopplung der Studiengebühren zum nächsten Bewerbungszyklus ausgesprochen.

Zu Beginn ihres Studienaufenthalts absolvieren die ausländischen Studenten eine Aufnahmeprüfung in rumänischer Sprache, die bei Erfolg die Grundlage für eine Gebührenreduzierung bildet. Da sich jedoch gerade im Bereich Medizin Rumänien und EU-Ausländer die Waage halten, haben Medizinstudenten aus Cluj im Nordwesten Rumäniens sich mit einer Petition an die Europäische Kommission gewandt, um dieser „scheinheiligen und unfairen Praxis“ ein Ende zu bereiten. [869]

Zur [Petition](#) der rumänischen Medizinstudenten, 22.01.2009 (auf Französisch)

## SCHWEIZERISCH-FRANZÖSISCH-DEUTSCHER STUDENTENRAT GEGRÜNDET

Die Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten (EUCOR) hat künftig einen grenzüberschreitenden Studentenrat. Unter der Leitung der Studentenvertretung der Uni Basel (skuba) hat der Rat der EUCOR-Studierenden am 17. Januar seine Arbeit aufgenommen.

EUCOR praktiziert seit 20 Jahren europäische Hochschulkooperation. Mit Fug und Recht kann daher die multinationale Studentenvertretung Kritik am jungen Bolognaprozess üben: „Die Mobilität hat wegen Bologna innerhalb der EUCOR abgenommen“, sagt skuba-Vorsitzender Lukas Kisslinger gegenüber ESNA, denn die steigende Zahl von Pflichtveranstaltungen, abweichende Modularisierung von Studiengängen und unterschiedliche ECTS-Anrechnung an den Universitäten erschweren einen flexiblen Austausch. „Wir schlagen thematisch äquivalente Lehrveranstaltungen, die sich leicht übertragen lassen, und ein EUCOR-Transport-Abonnement als neue Mobilitätsanreize für die Studierenden vor.“ Neben dem eigenen Engagement erwarten die Studentenvertreter hierfür zusätzliche Anstrengungen seitens ihrer Universitäten. [1060]



Zur [Gründungserklärung](#) des Rats der EUCOR-Studierenden, 18.01.2009 | [EUCOR](#)